



Verärgerung von Bauern über durch Wildschweine verursachte Schäden

17. August 1956

Information Nr. 157/56 – Betrifft: Verärgerung der Bauern über Schäden, die immer wieder durch Wildschweine auf den Feldern verursacht werden

Quelle

BStU, MfS, AS 82/59, Bd. 1b, Bl. 29–30 (24. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Oelßner, Leuschner, Rau, Warnke, Mückenberger, Neumann, Wandel, Ziller, Hager, Norden, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Beater, Joseph Gutsche, SED-KL im MfS, Abt. Agitation, HA III, Ablage.

Aus den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin, Potsdam, Frankfurt/O., Halle, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera und Suhl wird berichtet, dass unter den Bauern, deren Felder durch Wildschweine verwüstet wurden, große Verärgerung herrscht.

Die Bauern sind vor allem darüber empört, dass ihnen, trotz wiederholter Forderung, noch keine Hilfe zuteil wurde. Die Räte der Kreise, die des Öfteren gebeten wurden diesbezüglich Maßnahmen einzuleiten, reagieren nicht auf deren Bitten bzw. die Räte der Kreise erhielten selbst von den Räten der Bezirke, die über diese Zustände unterrichtet wurden, keine Antwort. Die Bauern fordern deshalb immer wieder, dass von der Regierung endlich Schritte unternommen werden müssten, dass genügend Jagdkommandos geschickt werden oder dass die Bauern die Möglichkeit erhalten, das Wild selbst zu jagen.

Zum großen Teil wird von den Räten der Kreise gefordert, das Soll für die verwüsteten Flächen zu streichen, worauf die Räte der Kreise den Bauern keine Antwort geben. Im Bezirk Neubrandenburg war es z. B. so, dass die Gemeinden Wittenborn, Galenbeck und Friedrichshof, Kreis Neubrandenburg[-Land], beim Rat des Kreises und beim Rat des Bezirkes für einige Bauern Sollermäßigung einreichten, worauf sie lediglich die Antwort erhielten, dass der Schaden prozentual zu gering sei, um Absetzungen vorzunehmen.

Dadurch, dass die wirtschaftlichen Schäden nicht beachtet wurden, vertiefte sich die Verärgerung noch. Das zeigte sich u. a. darin, als Bauern anlässlich einer Versammlung, an [sic!] der der Vorsitzende des Rates des Kreises anwesend war, erklärten: »Unsere Regierung hat unser vollstes Vertrauen, aber euch Banditen in Neubrandenburg vertrauen wir nicht mehr. Ihr beachtet unsere Sorgen nicht und lasst es immer beim Abschreiben.«

Aus den Kreisen Angermünde, Beeskow und Eberswalde, [Bezirk] Frankfurt/O., wandte sich die Landbevölkerung öfters an die Räte der Kreise mit der Bitte, Jagdkommandos zu schicken, ohne dass etwas verändert wurde. Im Kreis Angermünde sind Jagdgebiete des MfS und Jagdgebiete einiger Minister, wo die Jagdkommandos nicht jagen dürfen. Von der Landbevölkerung wird gebeten, dass die zzt. bestehende Lage verändert wird.

In der Gemeinde Milkel, [Kreis] Bautzen, [Bezirk] Dresden, erklären die betreffenden Bauern: »Wenn ihnen das Soll nicht ermäßigt wird, wollen sie ihre Wirtschaften zur Verfügung stellen und anderweitig Arbeit aufnehmen.« Ein Bauer aus Friedebach, [Kreis] Pößneck, [Bezirk] Gera, äußerte sich: »Wenn ich noch lange so geärgert werde, haue ich ab. Ich bezahle nichts mehr, keine Steuern und nichts. Ich schaffe alles ab und höre auf zu wirtschaften.« Bauern aus Immelborn, [Kreis] Bad Salzungen, [Bezirk] Suhl, erklären: »Den Verantwortlichen für den Einsatz der Jagdgewehre sollte man, wenn man ihm begegnet, totschiessen. Es wird groß von einer Steigerung der ha-erträge gesprochen, aber nichts dagegen unternommen, wenn das Schwarzwild unsere mühsame Arbeit vernichtet. Die sollen im Herbst nur nicht mit Ablieferung kommen, da passiert ein Unglück.«

